

Dringliche Interpellation Daniele Jenni (GPB): Zunehmende Militarisierung der inneren Sicherheit in der Stadt Bern

Anlässlich des Einsatzes von Einheiten des Nordwestschweizerischen Polizeikonkordates und von Teilen des Innerschweizerischen Polizeikonkordates gegen den 7. Antifaschistischen Abendspaziergang vom 1. April 2006 wurden unter der Verantwortung des Gemeinderates und der Direktion SUE noch mehr als bisher Ressourcen der Armee in Anspruch genommen, namentlich Transportkapazität, Spezialfahrzeuge, Hubschrauber sowie Infrastruktur und Personal für Observationen.

Diese stets zunehmende Vermischung ziviler und militärischer Bereiche im Rahmen der inneren Sicherheit ist verfassungsrechtlich, staatspolitisch und sachlich so unhaltbar wie gefährlich. Im Übrigen untergräbt der wachsende Zugriff der immer verzweifelten nach einem Daseinsgrund suchenden Armee auf die innere Sicherheit die Legitimation der zivilen Behörden auf diesem Gebiet. Es ist deshalb besonders befremdlich, dass die Direktion SUE diese Fragen als bloss operativ verkennt und sie damit der politischen und rechtlichen Verantwortung von Gemeinderat und Direktion entziehen möchte. Angesichts dieser Umstände wird der Gemeinderat ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Erkennt der Gemeinderat die grosse politische und rechtliche Bedeutung dieser Frage und ist er bereit, im Interesse einer klaren Aufteilung der Verantwortlichkeiten für eine Rückabwicklung der Vermischung von Armee und Polizei zu sorgen?
Was gedenkt er in diesem Sinne zu unternehmen? Ist er bereit, in Zukunft von der Anrufung von Militärunterstützung abzusehen?
2. Der Einbezug der Armee in polizeiliche Aufgaben zeigt beispielhaft, wie sehr auch so genannt nur operative Bereiche von politischer Bedeutung sein können.
Wie gedenkt der Gemeinderat dafür zu sorgen, dass sein Einfluss auf diese Bereiche gewährleistet bleibt, namentlich mit Blick auf Police Bern?
Wie gedenkt er den Stadtrat in die Wahrung dieses städtischen Einflusses einzubeziehen?
3. Nach welchen Kriterien will der Gemeinderat fortan sicherstellen, dass die Abwägung zwischen nicht gleichwertigen Interessen, wie vorliegend etwa jenem nach Verhinderung von Übertretungen (Bewilligungspflicht für Kundgebungen) und jenem nach Wahrung zentraler staatspolitischer Parameter (ziviler Charakter der inneren Sicherheit) im richtigen Verhältnis vorgenommen wird?
4. Ist der Gemeinderat bereit, die Abgrenzung zwischen strategischen und operativen Entscheidungen im Polizeibereich im Lichte der mit dem Eindringen der Armee in den Polizeibereich gemachten Erfahrungen neu zu überdenken?
5. Wie gedenkt er diese Überlegungen auch auf sein Verhältnis zu Police Bern zu übertragen?

Begründung der Dringlichkeit

Die Grundlagen polizeilicher Dispositive neigen dazu, sich schnell zu verfestigen. Erfolgt dies unter Einbezug vorausgesetzter militärischer Unterstützung, so wird die Rückabwicklung rasch langwierig. Betroffen davon sind Ereignisse, die in zeitlicher Nähe liegen und in kurzen Abständen aufeinander folgen.

Bern, 6. April 2006

Dringliche Interpellation Daniele Jenni (GPB), Urs Frieden, Catherine Weber, Hasim Sancar, Anne Wegmüller, Karin Gasser, Myriam Duc, Franziska Schnyder, Beni Hirt, Sarah Kämpf, Ursula Marti, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Beat Zobrist, Thomas Göttin, Christof Berger, Natalie Imboden, Nadia Omar, Anna Magdalena Linder, Gabriela Bader Rohner

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.